

Kantonsreferendum Hurter bekämpft Kompromiss beim Finanzausgleich

BERN/SCHAFFHAUSEN Werden die Geberkantone beim Neuen Finanzausgleich nicht wie vom Bundesrat gefordert entlastet, so soll ein Kantonsreferendum die Vorlage vors Volk bringen. Das ist die Absicht des Schaffhauser Nationalrates Thomas Hurter (SVP). Im Kantonsrat wurde seine Motion dazu am Montag in der Traktandenliste nach vorn gerückt (vgl. SN von gestern). Seit Monaten ringt das Parlament darum, ob und wie der Neue Finanzausgleich (NFA) zwischen den Kantonen angepasst werden könnte, sodass die Geberkantone entlastet würden. Der Bundesrat und der Nationalrat wollten die finanzstarken Kantone von 2016 bis 2019 insgesamt 134 Millionen weniger bezahlen lassen, der Ständerat hat am Montag halbwegs eingelenkt und den Vorschlag der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) unterstützt, der eine Entlastung um 67 Millionen Franken vorsieht.

«Das ist kein Kompromiss»

Für Thomas Hurter ist dies aber keine Lösung: «Wenn nur gerade zwei von neun Geberkantonen diesen Vorschlag unterstützen, so kann man doch nicht von einem Kompromiss sprechen. Das ist ein Diktat der Nehmerkantone.» Besonders sauer stösst Hurter die Rolle der KdK auf: «Zu Beginn, als die Kritik am NFA aufkam, hat sich die KdK jeglichen Gesprächen komplett verweigert. Und nun, da der Druck steigt, kommt sie mit dieser Scheinlösung.» Die KdK realisiere nicht, dass es um mehr gehe als um den NFA: «Es geht darum, für eine Abmachung, die man einmal getroffen hat, einzustehen», sagt Hurter. Damit spielt er auf das ursprünglich formulierte und bereits erreichte Ziel an, mit dem NFA alle Kantone auf eine Mindestausstattung von 85 Prozent des Schweizer Durchschnitts zu führen. «Als Wechselkanton, der einmal zu den Gebern und dann wieder zu den Nehmern gehört, könnten wir uns eigentlich zurücklehnen und zuschauen. Aber so funktioniert unser Land doch nicht!», ärgert er sich. Hier gehe es um Solidarität und Föderalismus. Im Hinblick auf die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III sei diese Solidarität zentral. Sollte sich nun also der Vorschlag der KdK durchsetzen, so soll das Schaffhauser Kantonsparlament seine Motion überweisen und das Kantonsreferendum unterstützen. Insgesamt braucht es dafür die Unterstützung von acht Kantonen. Von den insgesamt neun Geberkantonen haben sich nun aber im Ständerat bereits zwei für den KdK-Kompromiss ausgesprochen: «Wir dürfen nichts unversucht lassen», sagt Hurter. Und sonst stehe ja auch die Tür zu einem klassischen Referendum noch offen: «In den Geberkantonen leben 2,1 Millionen Stimmbürger, da bringt man 50 000 Unterschriften schnell zusammen.» (sk)

Hoffen auf die chinesischen Touristen

Schweiz Tourismus erhält 220 Millionen Franken für Marketingkampagnen. Das entschied der Nationalrat. Zu wenig, um neue Gäste aus China oder Indien anzulocken, meinen Experten.

VON JÜRIG ACKERMANN

BERN Dass der Schweizer Tourismus ein Problem hat, ist nicht erst seit der gestrigen Debatte im Nationalrat klar. Die Zahlen sprechen schon länger für sich: So hat die Schweizer Hotellerie allein seit 2008 3,6 Millionen Logiernächte verloren. Der Rückgang ist vor allem bei den meist preissensiblen deutschen Gästen markant. Und auch die Kosten machen vielen Tourismusbetrieben zu schaffen: Eine Hotelangestellte in der Schweiz verdient rund dreimal mehr als beispielsweise ihr Pendant in Österreich.

Diese und noch viele Beispiele mehr mussten in der Debatte über die Standortförderung erhalten, um zu zeigen, wie stark der Tourismus unter dem starken Franken leidet. Und wie sehr er – zumindest bei der Vermarktung – auf Zuschüsse vom Staat angewiesen ist. Die ausländischen Gäste bringen noch immer jedes Jahr 15 Milliarden Franken. Rund 200 000 Jobs hängen davon ab. Angesichts der Wichtigkeit des Tourismus für die Volkswirtschaft brauche es staatlich finanzierte Marketingmassnahmen, um Fe-



Eine chinesische Touristin macht mit ihrem Handy ein Selfie auf dem Titlis oberhalb von Engelberg. Bild Key

riengäste aus Nah- und Fernmärkten in die Schweiz zu holen, so der parteiübergreifende Tenor.

Kürzungsanträge abgewehrt

Damit war klar, dass der Nationalrat dem Bundesrat folgen und 220 Millionen Franken für die nächsten vier Jahre bewilligen würde. Sparanträge von SVP-Vertretern, die Schweiz Tourismus angesichts des angespannten Haushalts zehn Millionen weniger zur Verfügung stellen wollten, wurden ebenso abgeschmettert wie Ausbauwünsche von Politikern aus Fremdenverkehrsregionen. Schweiz Tourismus

hatte nach der Aufwertung des Frankens im Januar gar auf 270 Millionen Franken gehofft.

Über die Rezepte, wie der Tourismus den schwierigen Rahmenbedingungen begegnen kann, gehen die Meinungen freilich auseinander. SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz sagte, es brauche nicht mehr Geld, sondern mehr gelebte Herzlichkeit und Freundlichkeit. Der Etat von Schweiz Tourismus sei bereits bei der letzten Krise 2011 aufgestockt worden. Zudem könne die Vermarktungsorganisation wegen des schwachen Euro mit dem gleichen Geld nun deutlich mehr bewirken.

AHVplus fällt im Ständerat durch

Eine Initiative der Gewerkschaften stehe quer in der Landschaft, befand man im Stöckli.

BERN Der Ständerat will die AHV-Renten nicht um zehn Prozent erhöhen. Er lehnte gestern die Volksinitiative AHVplus – für eine starke AHV mit 33 zu 11 Stimmen ab. Die Mehrheit wollte das Begehren vor der bundesrätlichen Reform der Altersvorsorge vom Tisch haben. Die kleine Kammer folgte mit ihrem Entscheid der Mehrheit der Sozialkommission (SGK). Sprecherin Christine Egerszegi (FDP/AG) stellte fest, angesichts der finanziellen Herausforderung durch die Reformvorlage Altersvorsorge 2020 liege die Initiative völlig quer in der Landschaft. Die SGK wollte sie rasch behandeln, um eine klare Ausgangslage für die Reformvorlage zu haben.

Auch Konrad Graber (CVP/LU) hielt den Zeitpunkt für falsch angesichts der Reform der Altersvorsorge und der derzeitigen Schwierigkeiten für die Wirtschaft. Um die Generationengerechtigkeit zu wahren, müssten nicht die Renten erhöht, sondern die Erwerbstätigen und kommende Gene-

rationen entlastet werden. «Die Initiative ist ein Hors-sol-Produkt», sagte Graber.

Bedauern über engen Fokus

Eine rot-grüne Minderheit unterstützte die Initiative. Paul Rechsteiner (SP/SG) kontierte, dass auch junge Menschen, die ja für das Alter vorsorgen müssten, von einer stärkeren AHV profitierten. Der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) verwies zudem auf die der Lohnentwicklung hinterherhinkenden AHV-Renten. Die Verfassung verlange, dass man von den Renten der AHV und der Pensionskasse anständig leben könne. Doch die Renten der zweiten Säule ständen zunehmend unter Druck. Für Menschen, die aus der zweiten Säule wenig oder gar keine Rente erhielten, sei eine höhere AHV-Rente angezeigt, doppelte Liliane Maury Pasquier (SP/GE) nach. Wer auf Ergänzungsleistungen angewiesen sei, beantrage diese häufig nicht – aus Scham.

Pascale Bruderer Wyss (SP/AG) bedauerte, dass mit der von der SGK beantragten getrennten Behandlung von Initiative und Altersvorsorge 2020 der Fokus nicht auf die ganze Altersvorsorge ausgeweitet werden könne. Mangels einer Alternative stimme sie dem Begehren zu. Bundesrat Alain Berset plädierte wiederum für seine Reform, eine aus seiner Sicht kohärente und vollständige Vorlage. Die Herausforderung für die AHV sei nicht die steigende Lebenserwartung, sondern die Generation der Babyboomer, die heute noch in die AHV einzahle und ab 2020 Renten beziehe.

Die Volksinitiative AHVplus des SGB ist als Gegenprojekt zu den Reformplänen des Bundesrates für die Altersvorsorge gedacht. Demnach würde die durchschnittliche AHV-Rente für Alleinstehende um rund 200 Franken pro Monat angehoben, die für Ehepaare um 350 Franken. Kosten würde die Rentenerhöhung rund 4 Milliarden Franken im Jahr. (sda)

Unterstützung für Innovationspark

BERN Der Nationalrat befürwortet die Pläne für einen nationalen Innovationspark. Er hat gestern die gesetzlichen Grundlagen für die Unterstützung des Bundes gutgeheissen – gegen den Willen der SVP. Die Mehrheit im Nationalrat sieht den geplanten Innovationspark als Chance für die Wirtschaft und die Schweiz. Es handle sich um ein «Generationenprojekt», das Arbeitsplätze schaffen werde, lautete der Tenor.

Der Innovationspark soll die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft in der Nähe von Hochschulen und Forschungsinstitutionen fördern. Realisiert wird der Park durch die Standortkantone, die Privatwirtschaft und die beteiligten Hochschulen. Vorerst soll der Innovationspark auf fünf Standorte verteilt werden: Zwei Hubs in der Nähe der beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen Zürich und Lausanne sowie Netzwerkstandorte im Kanton Aargau, in der Region Nordwestschweiz und in Biel. Die Kandidaturen der Ostschweiz und des Tessins hatten die Kriterien nicht erfüllt. (sda)

ANZEIGE

Begeisterung?

«Eine Beratung mit Kopf, Herz und Verstand. Sie werden begeistert sein.»

Was immer Sie vorhaben. Wir sind für Sie da.

Helvetia Versicherungen
Generalagentur Winterthur
Bürglistrasse 29, 8400 Winterthur
T 058 280 66 11

Helvetia Versicherungen
Hauptagentur Schaffhausen
Vorstadt 18, 8200 Schaffhausen
T 058 280 65 88



Helmut Kunz
Generalagent Winterthur



Christoph Brüttsch
Hauptagent Schaffhausen

helvetia
Ihre Schweizer Versicherung.